

INTERVIEW

Im Gespräch mit Botschafter-
Josef Wolf

Volksblatt: Wie ist die Pressekonferenz aus Ihrer Sicht gelaufen?

Josef Wolf: Ich hatte einen sehr guten Eindruck. Die Stimmung gegenüber Liechtenstein war sehr wohlwollend. Ich bin sogar ein wenig enttäuscht darüber, dass nur so wenige kritische Fragen gestellt wurden, obwohl ich verschiedene Knackpunkte in meinem einleitenden Referat angesprochen habe, so zum Beispiel Themen rund um den Finanzplatz und die damit verbundenen Probleme. Ich habe wirklich gedacht, dass hier die Journalisten einhaken würden, offensichtlich steht dies jedoch nicht im Vordergrund. Das erinnert mich übrigens an eine Begegnung mit der früheren deutschen Justizministerin anlässlich der europäischen Justizministerkonferenz 2001 in Moskau. Damals haben wir, also die liechtensteinische Justizministerin Rita Kieber-Beck und ich, uns auch intensiv auf dieses Gespräch vorbereitet und haben uns gedacht, dass wir hier nach der Veröffentlichung verschiedener kritischer Artikel im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sicher etwas zu hören bekommen würden. Die deutsche Justizministerin sagte uns allerdings nur, dass derzeit mit Liechtenstein keine Probleme bestünden. Ich weiss nicht, wie ich das deuten soll, vielleicht als grosse Ruhe vor dem Sturm.

Was für eine Bedeutung hat denn aus Ihrer Sicht eine ständige Vertretung in Berlin für Liechtenstein?

Also ich denke hier an zwei wichtige Aspekte. Erstens einmal ist man, wenn man hier nicht ständig vor Ort ist, ganz einfach vom Informationsfluss abgeschnitten und nicht integriert. Zweitens sind weitgehend Frankreich und Deutschland ausschlaggebend im europäischen Integrationsprozess. Liechtenstein ist dem deutschen Kulturraum zugehörig und deswegen ist Deutschland ein besonders wichtiger Partner, um Verständnis und Sympathie für ein kleines Staatsgebilde wie Liechtenstein zu wecken.

Die deutschen Politiker haben sich aber in der Vergangenheit nicht immer nur freundlich über Liechtenstein geäussert. Wie wollen Sie denn Deutschland als solchen Partner gewinnen?

Hier ist es wichtig, ein intensives Gespräch mit den Leuten zu suchen, die wirklich auch an den richtigen Stellen sind. Wir müssen zeigen, dass wir in Europa präsent sein wollen, in einer bescheidenen Rolle zwar, weil wir ja immer auf das Wohlwollen der anderen Staaten angewiesen sind, aber auch selbstbewusst. Man darf uns nicht einfach Sachen vorwerfen, die nicht stimmen. Hier müssen wir uns zur Wehr setzen. Das sind wohl auch die wichtigsten Punkte, für die ich mich hier in Berlin einsetzen werde.

IN KÜRZE

Seit 1999 ist Liechtenstein in Berlin durch einen nicht-residierenden Botschafter in Berlin vertreten. Um die Beziehungen zu Deutschland zu intensivieren wird diese Botschaft jetzt Schritt für Schritt in eine ständige Vertretung umgewandelt. Im vergangenen Herbst ist Botschafter Josef Wolf (zuvor Botschafter beim Europarat Strassburg) mit dieser Aufgabe betraut worden. Dabei geht es unter anderem darum, den Informationsstand über Liechtenstein in der deutschen Öffentlichkeit zu verbessern. Liechtenstein verfügt derzeit über Botschaften in Bern, Strassburg, Genf, New York, Wien, Brüssel und Washington.

Doris Meier, Berlin

Botschaft im Herzen Berlins

Liechtenstein eröffnet erste ständige Vertretung in Deutschland

BERLIN – Mit einer Pressekonferenz eröffnete Botschafter Josef Wolf die erste ständige Vertretung Liechtensteins in Deutschland. Vertreter von zahlreichen namhaften Medien Deutschlands waren dabei vertreten. Kritische Fragen wurden aber praktisch keine gestellt.

• Doris Meier aus Berlin

Vertreter von ARD, BBC International, «Der Spiegel», «Die Zeit», «Welt am Sonntag», Deutsche Depeschen Agentur (DPA), «Facts» und viele andere waren an der Medienkonferenz in der neuen liechtensteinischen Botschaft in Berlin anwesend. Zum Erstaunen von Botschafter Josef Wolf wurden von den sonst nicht gerade handzahmen deutschen Journalisten nur sehr wenige kritische Fragen gestellt. Dies obwohl er in seiner Rede den Finanzplatz, Liechtenstein und die europäische Integration, die Verfassungsdiskussion und natürlich die Wichtigkeit einer ständigen Vertretung Liechtensteins in Berlin thematisierte.

Schon die geschichtlichen und kulturellen Verbindungen seien ein wesentlicher Grund, hier in Berlin verstärkt präsent zu sein, betonte Josef Wolf vor versammelten Journalisten. Er nannte aber noch zwei andere gewichtige Punkte, so zum Beispiel die starke Stellung des



Blick in die Journalistenrunde gestern bei der Pressekonferenz in der neuen Liechtenstein-Botschaft in Berlin.

wiedervereinigten Deutschlands und dessen Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess und die vornehmlich aus Deutschland stammende Kritik am Finanzplatz Liechtenstein.

Liechtenstein und Europa

Im Bezug auf die europäische Integration erklärte Josef Wolf, dass ein Vollbeitritt zur Europäischen Union für Liechtenstein vielleicht eine Schuhnummer zu gross wäre und Liechtenstein deshalb auf andere Integrationsmodelle hoffe, die auf die spezifischen Bedürfnisse von

Kleinststaaten Rücksicht nähmen. «Liechtenstein möchte auf alle Fälle den durch den EWR erreichten Besitzstand wahren. Sollte der EWR nicht mehr weiter bestehen, so wäre beispielsweise ein Assoziationsvertrag mit der EU, in dem die Bestimmungen des EWR grosso modo bilateralisiert würden, vorstellbar», so Josef Wolf.

Im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Liechtenstein führte Josef Wolf den Journalisten die Dimensionen vor Augen. «Das in Liechtenstein verwaltete Kundenvermögen ist nicht grösser als das

der Bank Bär in Zürich». Trotzdem könne ein liberales und wettbewerbsorientiertes Wirtschaftssystem in bestimmten Sparten zu Missbräuchen führen. Es sei deshalb wichtig, den Finanzplatz sauber zu halten und dabei spiele eine klaglose Rechtshilfe eine vitale Rolle. «Ich bin glücklich, heute darüber berichten zu können, dass sich mehrere deutsche Staatsanwaltschaften für die effiziente und schnelle Rechtshilfe bei den zuständigen Behörden in Liechtenstein bedankt haben», freute sich Josef Wolf.

«Monarchien noch gewünscht?»

Europarats-Delegationsleiterin Renate Wohlwend zur neusten Entwicklung

STRASSBURG – Renate Wohlwend, die Leiterin der liechtensteinischen Delegation beim Europarat, erläuterte gestern uns gegenüber ihre Ansicht zur neusten Entwicklung in Strassburg und zum möglichen weiteren Vorgehen.

• Martin Frommelt

VOLKSBLATT: Was sagen Sie zum Entscheid der Parlamentarischen Versammlung?

Renate Wohlwend: Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, dass es nicht zur Dringlichkeitsdebatte kommt. Ich bin nämlich der Ansicht, dass man nicht nur zwei oder drei Änderungen im Entwurf, die vielleicht als Schmälerung der Volksrechte gesehen werden können, debattieren soll. Vielmehr geht es um die Stellung von Mitgliedsländern im Europarat, inwiefern sie im grossen Europa ihre geschichtlich gewachsene Identität bewahren können. Und vor allem, was unser Land betrifft: inwiefern eine Monarchie, in der es neben dem Parlament den nicht-gewählten Souverän gibt, eine Existenzberechtigung im Europarat haben darf. Nach den vernichtenden Wortmeldungen, sowohl der Venedig-Kommission als auch von Parlamentariern aus dem liberalen und sozialistischen Lager, stellt sich für mich die Frage, ob Monarchien überhaupt noch gewünscht sind. Das ist eine Debatte, die man sicher nicht so auf, die Schnelle in Form einer Dringlichkeits erledigung in nur zwei Stunden machen kann. Da braucht es fundierte Papiere, und dazu gehört ganz sicher auch der



Es geht darum, ob eine Monarchie eine Existenzberechtigung im Europarat hat: Europarats-Delegationsleiterin Renate Wohlwend.

Standpunkt der Regierung. Das ist sicher auch ein Manko an der ganzen Sache, dass die Regierung erst ganz zum Schluss durch ein Papier zu Wort gekommen ist. Hier muss ich dem Verwaltungsapparat des Europarates zu Gute halten, dass sie dieses Papier sofort allen Abgeordneten als offizielles Dokument zur Verfügung gestellt haben. Sie haben es sehr geschätzt, dass dieses Dokument von der Regierung gleich direkt in den beiden Europaratsprachen abgeliefert worden ist und so ohne weiterer Zeitaufwand verwendet werden konnte. Aber auch das ist nur auf eigene Initiative der Regie-

rung geschehen. Weder eine Venedig-Kommission noch der Berichtserstatter zu diesem heiklen Thema haben die Regierung eingeladen, so ein Arbeitspapier zu liefern. Aus all diesen Gründen bin ich wirklich sehr erleichtert, dass wir in dieser Woche keine Debatte über Liechtenstein haben.

Sie sagen «nicht in dieser Woche»: Heisst das, dass es möglicherweise später dazu kommt?

Ich könnte mir vorstellen, dass es, nachdem es so viel Wirbel um dieses Thema gegeben hat, speziell aus dem sozialistischen Lager Motionäre gibt, die das noch einmal thematisiert haben wollen. Aufgrund so einer Motion hätte dann das Büro zu entscheiden, welcher Ausschuss der Versammlung sich damit befassen soll, damit dies dann zu einem späteren Zeitpunkt als normale Debatte geführt werden kann.

Wann wäre so eine Grundsatzdebatte denkbar?

Das wäre sicher nicht vor dem Sommer. Die nächste Parlamentarische Versammlung wird die April-Session sein. Diese wurde aufgrund der Osterfeiertage bereits für Ende März/Anfang April anberaumt.

Das Büro des Politischen Ausschusses hat ja den nordirischen Abgeordneten Lord Kilclooney mit einem Bericht beauftragt: Liegt dieser Bericht vor?

Ja, es gibt einen Bericht, den ich als Mitglied des politischen Aus-

schusses auch kenne. Dieser Bericht ist aber noch intern, er ist derzeit nur den Mitgliedern des Politischen Ausschusses zugänglich, deshalb darf ich ihn auch nicht nach Aussen tragen. Es ist normalerweise so, dass ein Bericht, bevor er nicht in Anwesenheit des Berichterstatters im entsprechenden Ausschuss debattiert, abgeändert und genehmigt ist, nicht vorher öffentlich ist. Ich kann nur so viel sagen, dass dieser Bericht mich total entsetzt hat. Er ist dermassen negativ für unser Land, dass ich nicht wüsste, was man daran verbessern könnte. Der Bericht ist von der ersten bis zur letzten Zeile nur noch anti-liechtensteinisch und fehlerhaft. Er richtet sich auch gegen die bestehende Verfassung. Man hat sich gar keine Mühe gemacht, sich selbst zu informieren, sondern hat sich eigentlich nur auf das Venedig-Gutachten abgestützt. Dieser Bericht darf nicht akzeptiert und kann keine Diskussionsgrundlage sein.

Was passiert jetzt mit diesem Bericht?

Ich nehme an, dass er in der für morgen (i.e. heute; die Red.) anberaumten Sitzung des Politischen Ausschusses auf dem Traktandum ist und dann wahrscheinlich als zurückgezogen oder als nicht zu verwendender Entwurf qualifiziert wird. Ich würde wünschen, dass der Berichtserstatter ihn von sich aus zurückzieht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand, der sich selbst als Monarchie-Freund bezeichnet, ein derartiges Papier verfassen kann.